

Pressespiegel



Bruchsal

BNN Bruchsal	<input checked="" type="checkbox"/>	Pforzheimer Zeitung	<input type="checkbox"/>
BNN Bretten	<input type="checkbox"/>	Mühlacker Tageblatt	<input type="checkbox"/>
BNN Kreisseite	<input type="checkbox"/>	Handelsblatt	<input type="checkbox"/>
Brettener Woche	<input type="checkbox"/>	IHK	<input type="checkbox"/>
Kurier	<input type="checkbox"/>	Wochenblatt	<input type="checkbox"/>
www.ka-news.de	<input type="checkbox"/>	www.bruchsal-xl.de	<input type="checkbox"/>
www.bruchsal-net.de	<input type="checkbox"/>	www.Landfunke.de	<input type="checkbox"/>
www.bruchsal.org.de	<input type="checkbox"/>	Amtsblatt Stadt Bruchsal	<input type="checkbox"/>
Bruchsaler Woche	<input type="checkbox"/>	www.bak-bretten.de	<input type="checkbox"/>
		Pforzheimer Rundschau	<input type="checkbox"/>

Datum: 6.04.2011

IG Metall: Wir brauchen Europa

Bruchsal/Bretten (BNN). In der Delegiertenversammlung der IG Metall Bruchsal-Bretten warnte der Erste Bevollmächtigte Eberhard Schneider in Bruchsal vor unnötiger Besorgnis: „Die Lage ist deutlich besser als die Stimmung!“

Deshalb werde man selbstbewusst in die nächste Tarifrunde gehen und zudem gut motiviert den Kampf gegen den Missbrauch der Leiharbeit sowie für die unbefristete Übernahme der Azubis und Studierenden der Dualen Hochschulen fortsetzen.

Zum Thema Finanzkrise in der EU betonte Schneider: „Wir brauchen Europa und den

Kriseninstrument Kurzarbeitsgeld

Euro.“ In Baden-Württemberg seien 830 000 Menschen in der Metall- und Elektrobranche tätig. Was dort produziert wird, gehe zu 56 Prozent in den Export, davon ungefähr die Hälfte in europäische Länder.

„Also hängen rund 200 000 Arbeitsplätze direkt am Europa-Export“, resümierte Schneider. Wenn Märkte einbrechen und Regierungen milliardenschwere Rettungsschirme aufspannen, während Finanzjongleure weltweit weiter Roulette spielen, dann sei Gefahr im Verzug. Krisen kämen ganz schnell bei den Beschäftigten an.

Der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Bruchsal nutzte die Delegiertenversammlung, um die Kollegen auf ein mögliches Szenario vorzubereiten, das die große Krise 2008/2009 noch in den Schatten stellen könnte. Schneider betonte, dass die IG Metall Vorschläge erarbeite, die man im Fall des Falles der Bundesregierung unterbreiten werde.

Als wichtigstes Instrument nannte er den verlängerten Bezug von Kurzarbeitergeld. Politisch unfassbar sei es, dass der aktuelle Kabinettsentwurf der Bundesregierung vorsehe, das Programm Kurzarbeit plus zum Jahresende ersatzlos zu streichen: „Das Beste, was wir haben, geben wir aus der Hand.“

Auf die Tagesordnung der Tarifpolitik sollen neben einer Lohnerhöhung die Übernahme von Azubis nach der Ausbildung und tarifliche Regelungen zu Leiharbeit und Werkverträgen. Außerdem drängt die IG Metall auf die Fortführung der Inhalte des während der Finanz- und Wirtschaftskrise geschlossenen Tarifvertrages „Kurzarbeit, Qualifizierung und Beschäftigung“ (KQB).

Der DGB will, dass Grün-Rot ein Erfolgsmodell wird“, sagte Nikolaus Landgraf, der sich als neuer DGB-Landesvorsitzender vorstellte. Der DGB unterstütze den notwendigen Umbau in Richtung nachhaltigen Wirtschaftens. Dazu gehörten auch Gute Arbeit, Mindestlöhne, weniger unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ein intensiver Dialog über die zukünftige Industrie- und Dienstleistungspolitik der Landesregierung.